

**Betreff:** Sondierungen nach der BT-Wahl

**Von:** Günter Striwe <guenter.striwe@t-online.de>

**Datum:** 10.03.2025, 12:04

**An:** Friedrich Merz <friedrich.merz@bundestag.de>, Carsten Linnemann <carsten.linnemann@bundestag.de>, Markus Söder <mpr-buero@stk.bayern.de>, klaus.wiener@bundestag.de, "Frei, Thorsten" <thorsten.frei@bundestag.de>

Hallo die Herren,

ich habe mir jetzt mal Ihr Sondierungsergebnis angesehen und kann nur den Kritikern zustimmen. Dazu meine folgenden Anmerkungen:

- Verteidigungsausgaben; wenn Sie dafür Sonderfinanzierungen vorsehen, ist das angesichts der Bedrohungslage richtig und dringend. Warum haben Sie das aber nicht schon früher zusammen mit der Ampel gemacht?
- Sondervermögen Infrastruktur; da holen Sie jetzt etwas nach, was schon unter den Merkel-Regierungen liegen gelassen worden ist und die Ampel-Regierung nicht ausgleichen konnte. Dafür sollten Sie keine verfassungsrechtlich zweifelhafte Verfahren mit dem alten BT organisieren!
- Schön, wenn Sie eine Aufgaben- und Kostenkritik durchführen wollen! Wo bleibt aber eine Reform der Einkommensteuer, mit der alle Einkünfte gleich behandelt werden? Ich habe inzwischen Klage beim Finanzgericht eingereicht, damit Sie sich entscheiden, endlich die Abgeltungssteuer abzuschaffen. Vergl. dazu <https://politik.striwe-online.de/steuern/kapitalertraege.html#2025-03-03>
- Wenn Sie das Handwerk stärken wollen, müssen Sie die Lohnnebenkosten senken; dazu der Kernsatzes meines Vorschlags für eine Wertschöpfungsabgabe: <https://politik.striwe-online.de/steuern/wertschoepfungsabgabe.html#kernsatz>
- Wenn Sie die Stromkosten senken wollen, ist das zwar nett, aber in einer pauschalen Form nicht zielführend. Ich schlage vor, alle Bürger, die eine PV-Anlage betreiben, sollten Verbrauch und Einspeisung saldieren können. Nach meiner Kenntnis ist das in anderen Ländern schon jetzt möglich. Dadurch würde sich der Nutzen der "Balkonkraftwerke" steigern; nur für große Flächenanlagen sind Einschränkungen sinnvoll. Für sie lohnen sich private Speicheranlagen, nicht jedoch für die Kleinanlagen.
- Für den Klimaschutz im Verkehr muss unbedingt das Tempolimit auf Autobahnen eingeführt werden. Das schafft auch mehr Sicherheit und spart Geld.
- Die Pendlerpauschale zu erhöhen, ist kontraproduktiv. Ich habe den besseren Vorschlag einer Mobilitätspauschale. Mehr dazu: <https://politik.striwe-online.de/steuern/pendlerpauschale.html>  
Überhaupt sollten Sie alle klimaschädlichen Subventionen streichen: <https://politik.striwe-online.de/diverses/klima/subventionen-umweltschaedlich.html>
- Wenn Sie die Umsatzsteuer auf Speisen dauerhaft auf sieben Prozent reduzieren

wollen, sollten Sie das im Rahmen einer grundsätzlichen Reform anfassen: <https://politik.striewe-online.de/steuern/umsatzsteuer.html>

- Wenn Sie die Schwarzarbeit bekämpfen wollen, müssen Sie erst einmal dafür sorgen, dass der Faktor Arbeit entlastet, dafür das Kapital stärker belastet wird; siehe nochmals: <https://politik.striewe-online.de/steuern/wertschoepfungsabgabe.html>
- Es bedarf auch keiner Steuerfreiheit für Mehrarbeit, wenn Arbeit insgesamt - wie von mir vorgeschlagen - entlastet wird!
- Betriebliche Altersvorsorge wird doch nur dort praktiziert, wo hohe Gewinnchancen bestehen und man Fachkräfte an den Betrieb binden will. Sozial gerechter ist es, die Gewinne durch Automatisierung und KI so abzuschöpfen, dass sie allen Arbeitnehmern durch Umlenkung in die Sozialkassen zu gute kommen! Nochmals der Hinweis auf die Wertschöpfungsabgabe.
- Die Vollendung der Mütterrente mit einheitlich drei Rentenpunkten für alle Kinder ist wirklich dringend. Dazu habe ich auch selbst schon Finanzierungsvorschläge unterbreitet: <https://politik.striewe-online.de/soziales/muetterrente.html#finanzierung>
- Wegen einer großen Pflegereform weise ich ebenfalls auf meine immer wieder entwickelten Vorschläge hin: <https://politik.striewe-online.de/soziales/leben-im-alter.html>  
Da muss jeder Bürger sich selbst in die Pflicht nehmen. Dafür muss ihm aber auch ein großzügiger Spielraum gewährt werden. Im Rahmen meiner 2007 entwickelten Vorstellungen für ein Bürgergeld hatte ich auch Ideen für eine Neuordnung des Schonvermögens entwickelt. Es darf nicht sein, dass sich der Bürger nackig machen muss, um Hilfe zu erlangen! Und dann immer wieder bei NULL anfängt: <https://politik.striewe-online.de/steuern/index.html>
- Mit dem Recht auf einen Kita-Platz hat sich der Staat übernommen. Es gibt soziale Härtefälle, denen geholfen werden muss; gut verdienenden Paare können die Kosten aber in voller Höhe selbst tragen. Die Kosten sollten aber auch in voller Höhe von der Steuer abzugsfähig sein! Meine Kommentierung: <https://politik.striewe-online.de/soziales/kita-lage.html#20200305>
- Es war Sinn der Wahlrechtsreform, die Größe des BT zu begrenzen. Das Ziel ist erreicht worden.  
Dem ausufernden Zuwachs an Überhang- und Ausgleichsmandaten ist ein System der Auslese entgegengestellt worden, das das BVerfG in Tz 282 seines Urteils dazu auf den Punkt gebracht hat. Daran darf nicht gerüttelt werden.

Angesichts der wirklich ernstesten Probleme, muss sich die neue Regierung auf das Wesentliche konzentrieren. Der Staat kann dem Bürger nicht alles abnehmen, er muss ihm aber Spielräume zur eigenverantwortlichen Lebensgestaltung einräumen.

Die Finanzierung des Staates muss wieder auf gesunde Füße gestellt werden; dazu muss endlich Artikel 14 Absatz 2 GG in den Fokus gerückt werden. Die aktuelle Berichterstattung in Sachen Porsche macht deutlich, wie wichtig es ist, zwar die

Unternehmen in die Lage zu versetzen, ihr Eigenkapital zu stärken. Aber alle Einkünfte - auch die Kapitaleinkünfte -, die sich allein im Privatvermögen ansammeln, können auch nach der persönlichen Leistungsfähigkeit belastet werden. Einkünfte von mehr als dem 10-fachen Durchschnitt des Normalbürgers können und sollten auch endlich mit einem deutlich höheren Spitzensteuersatz belastet werden. Das behindert die wirtschaftliche Entwicklung in keiner Weise, fördert aber die ausgleichende Gerechtigkeit.

Eine solche Steuerreform kann die elende Diskussion um die Wiederbelebung der Vermögensteuer und Erhöhung der Erbschaftssteuer hoffentlich beenden.

Folgen Sie den Links zu und innerhalb meiner HP. Sie finden dort meine Anregungen, wie sie von Bürgern getragen werden, mit denen ich Kontakte Pflege. Sie fundieren auf meiner früheren politischen Arbeit für die FDP und vielen Gesprächen als immer noch an der Politik Interessierter. Wenn es Ihnen nicht gelingt, die Mitte der Gesellschaft für eine dringend notwendige Reform zu gewinnen, fördern Sie die politischen Ränder, die nur darauf lauern, die Macht zu übernehmen und Deutschland in den Abgrund zu führen. Die notwendigen Belastungen werden akzeptiert, wenn sie gerecht verteilt werden.

Ich hoffe, dass Sie meine Anmerkungen ernsthaft prüfen. Und eine dezidierte Antwort könnte auch nicht schaden; die haben Sie bisher vermieden.

Mit angemessenem Gruß

***Günter Striewe***

Brunnenstraße 98  
40764 Langenfeld

Telefon: 02173 / 14 99 49

eMail: [Guenter.Striewe@t-online.de](mailto:Guenter.Striewe@t-online.de)

Internet: [www.Politik.Striewe-online.de](http://www.Politik.Striewe-online.de)